

2. Diskriminierungsschutz ausbauen

Der Diskriminierungsschutz auf EU-Ebene muss dringend ausgebaut werden. LSBTI werden in vielen europäischen Ländern weiterhin Rechte vorenthalten, die sie z. B. in Deutschland durch das Allgemeine Gleichstellungsgesetz bereits haben. **Die horizontale Antidiskriminierungsrichtlinie ist immer noch nicht verabschiedet.** Auch die Bundesregierung steht hier leider auf der Bremse. **Ungleichbehandlungen und Barrieren für LSBTI im Gesundheitssektor** müssen ebenfalls abgebaut werden, etwa beim Zugang zu Behandlungs- und Vorbeugungsmaßnahmen.

Obwohl trans- und intergeschlechtliche Menschen häufig von Gewalt und Diskriminierung betroffen sind, werden **Geschlechtsidentität und Geschlechtsmerkmale** nicht ausdrücklich als geschützte Merkmale in den europäischen Antidiskriminierungsrichtlinien erwähnt. Das Merkmal Geschlechtsidentität fand bislang allein Eingang in die Asylrichtlinie (Qualifikationsrichtlinie) und die Richtlinie über den Schutz der Opfer von Straftaten.

2.1 Wie wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass der Schutz vor Diskriminierung für LSBTI in Europa gestärkt wird?

CDU/CSU



Grundsätzlich gilt: Wir stehen für ein Europa der Werte und treten Diskriminierung – egal welcher Art – entschieden entgegen. Bereits seit 2000 gibt es eine EU-Richtlinie, die einen weitreichenden Rahmen zur Bekämpfung der Diskriminierung, u. a. wegen der sexuellen Ausrichtung, in Beschäftigung und Beruf vorschreibt. Unabhängig von der o. g. Richtlinie gilt seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon die Verpflichtung aus der

Europäischen Grundrechtecharta, nach der Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Ausrichtung im Anwendungsbereich des Europarechts verboten sind.

SPD



Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben die Europäische Kommission wiederholt aufgefordert, ihre Kompetenzen unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Europarates zur Bekämpfung der Diskriminierung von LSBTIQ-Personen in der EU in vollem Umfang zu nutzen.

Wir fordern, dass der lang erwartete Abschluss des EU-Rechtsrahmens zur Bekämpfung von Diskriminierungen unverzüglich umgesetzt wird.

Der Rat muss die Verhandlungen endlich freigeben und den Vorschlag für eine Richtlinie zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung (Gleichbehandlungsrichtlinie) annehmen, den die Kommission 2008 vorgelegt hat. Die Mitgliedstaaten sollten den Verhandlungsstrategien, die den Anwendungsbereich der Richtlinie schwächen, ein Ende setzen.

Die Kommission muss der **Überwachung und Durchsetzung der LGBTI-relevanten Rechtsvorschriften**, wie der Richtlinie über die Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf und den Richtlinien über die Gleichstellung der Geschlechter beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen sowie zur Beschäftigung, die auch die Transgender vor Diskriminierung schützen (auf der Grundlage der Erweiterung der Geschlechtereigenschaften durch den EuGH),



super



ja



vage



nein



gefährlich

Coming-out für Europa. Vielfalt verteidigen, Respekt wählen.
LSVD-Wahlprüfsteine zu den Europawahlen am 26. Mai 2019

besondere Aufmerksamkeit schenken. Es sind Leitlinien für die Auslegung erforderlich, um den nationalen Behörden klarzumachen, dass die sexuelle Identität vollständig durch die genannten Rechtsvorschriften abgedeckt ist.

Die Kommission muss ihre volle Verantwortung dafür übernehmen, diese Rechtsvorschriften ohne Ausnahme durchzusetzen und **Vertragsverletzungsverfahren** einzuleiten, wenn die Mitgliedstaaten ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

Bündnis 90/ Die Grünen



Wir setzen uns dafür ein, dass die nun bereits seit 2008 durch den Rat der EU **blockierte Antidiskriminierungsrichtlinie endlich verabschiedet** wird. Wir fordern, dass der bestehende Vorschlag um die Fragen der Geschlechtsidentität und des Ausdrucks von der Geschlechtlichkeit erweitert wird.

Die Linke



Der Diskriminierungsschutz muss ausgebaut werden und die **Antidiskriminierungsrichtlinie sollte einen horizontalen Ansatz beinhalten**, die geschlechtliche und sexuelle Orientierung/Identität muss in allen Bereichen berücksichtigt werden. Hier sollte die **Personengruppe der Trans- und intergeschlechtlichen Menschen besonders benannt** werden. Diskriminierungsschutz heißt immer auch Demokratieförderung und Kooperation und Unterstützung der Zivilgesellschaft.

AfD



Unfraglich gibt es in einigen osteuropäischen Ländern in Bezug auf Diskriminierungsschutz und Rechtsgewährleistung Nachholbedarf im hier in Frage stehenden Bereich. Möchte man dies beheben, bedarf es der adäquaten Mittel der Angleichung. Diese stellt die EU-Bürokratie nicht bereit. Gehen wir davon aus, dass z. B. das spanische und deutsche Volk im LSBTI-Bereich besonders tolerante Einstellungen haben und auch tatsächliche Rechte für diese Menschen garantieren, so haben solche Nationen vorzuleben, wie derlei erfolgreich unter Wahrung unterschiedlicher Traditionen gelingt. So könnten Mentalitätsunterschiede abgebaut werden und wünschenswerte Verbesserungen für LSBTI-Bürger erreicht werden. Wir trauen die Begleitung dieses Prozesses aber der EU keineswegs zu. **Wir denken, dass die EU durch zuviel und verheerende Rahmengesetzgebung einen erfolgreichen Weg Spaniens oder Deutschlands als Nationen grundsätzlich verhindert**, so leben gleichgeschlechtlich Liebende durch den Zivilisationsbruch von geduldeten Grenzöffnungen, die so nur durch EU-Politik möglich geworden sind, nicht sicherer. Dieses sehen die osteuropäischen Nationen genau. **Sie werden vor Diskriminierung nur dann vermehrt schützen und LSBTI-Rechte gewährleisten wollen, wenn dies von der Androhung anderweitigen EU-Zwängen gehorchen zu müssen, getrennt wird.**

Wir alle gemeinsam werden dies in Europa überhaupt nur noch können, wenn Parteien wie die Alternative für Deutschland gewählt werden.



FDP



Rechtsakte der EU, die gegen Diskriminierung aufgrund von Rassismus gelten, müssen künftig auch Homophobie und andere Diskriminierung umfassen. Das betrifft ausdrücklich auch die Antidiskriminierungsrichtlinien. Unabhängig davon, ob die Richtlinien – wie von Deutschland vorgetragen – Probleme mit dem Subsidiaritätsprinzip bereiten: es gibt sie und dabei darf es keine Hierarchisierung von Diskriminierungen geben.

Die Europäische Union muss ein Raum sein, in dem Diskriminierung wegen sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität ausgeschlossen ist. Nichtregierungsorganisationen, die sich in diesem Bereich engagieren, sollen daher stärker als heute bedarfsorientiert von der EU gefördert werden.

Europaweit soll das unternehmerische Konzept des ganzheitlichen Diversity Managements in der Arbeitswelt umgesetzt werden, um eine Kultur der Wertschätzung und des Respekts vor der Unterschiedlichkeit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu schaffen. Dialoge zwischen Unternehmen, Verbänden und Gewerkschaften über Best Practices sollen dabei helfen, in Unternehmen und auch im öffentlichen Dienst der EU diesen Ansatz als Teil einer ökonomischen Modernisierungsstrategie zu verankern.

Freie Wähler



Artikel 21 des Kapitels „Gleichheit“ der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verbietet die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung. Deutschland nimmt in der EU eine Vorreiterrolle beim Schutz vor Diskriminierung für LSBTI ein. Diese Rolle wollen wir nutzen, um das Bewusstsein für die Probleme von LSBTI Bürger*innen zu stärken und einen gesellschaftlichen Dialog zu fördern.

Piraten



Hier gilt es, allgemein die **Sensibilität für alle Formen von Diskriminierung zu erhöhen.** Dies muss auf allen Ebenen der Gesellschaft - vom Kindergarten bis zur Universität, in Vereinen, in der gesellschaftlichen Diskussion bis hin zu den Medien – geschehen.

Wir fordern, dass für jede Art von Diskriminierung, zum Beispiel aufgrund der Herkunft, aber auch und insbesondere für Trans-, Homo- und

Intersexuelle, **spezialisierte Antidiskriminierungsstellen eingerichtet** werden, die online und damit ohne lokale Hürde angerufen werden können.

Tierschutzpartei



Zur EU-weiten Bekämpfung von Diskriminierung sowie der Homo- und Transphobie setzen wir uns u.a. für die **finanzielle Förderung von Fortbildungsmaßnahmen in den Bereichen Schule und Jugendhilfe** sowie multimedialer Akzeptanzkampagnen zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ein.

Auch fordern wir die **verbindlich festgelegte Förderung der Erinnerungskultur** innerhalb der EU, da die Verdienste homosexueller und transgeschlechtlicher Menschen, die sich in der Vergangenheit für mehr Akzeptanz eingesetzt



Coming-out für Europa. Vielfalt verteidigen, Respekt wählen.
LSVD-Wahlprüfsteine zu den Europawahlen am 26. Mai 2019

haben, kaum bekannt sind, weil ihre sexuelle Identität wegen der strafrechtlichen Verfolgung und gesellschaftlichen Ausgrenzung tabuisiert wurde.

Familienpartei



Die EU-Grundrechtecharta verbietet Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung. Transgender-Personen werden laut der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs durch die Grundrechtecharta vor Diskriminierung wegen ihres „Geschlechts“ geschützt. Europäische Staaten haben gemäß Artikel 4 II und 5 I RÜ entsprechend die Pflicht, durch geeignete Maßnahmen die eigenständige Identität von Minderheiten zu schützen und zu fördern.

Zumindest in den Mitgliedsstaaten der EU sind durch die Umsetzung der einschlägigen europäischen Richtlinien die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen geschaffen worden – in Deutschland ist dies das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG). §1 Ziel des Gesetzes, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.

Bestehende Gesetze sind nach unserer Auffassung durchaus ausreichend vorhanden. Jedoch mangelt es oft an einer angemessenen Anwendung der bestehenden Gesetze und an der dazugehörigen Strafzumessung in den einzelnen EU Staaten. Eine enorme Spanne, die so unterschiedlich genutzt werden kann. Hier würden wir ansetzen um **einige Gesetze zu reformieren und verbindlich für alle Mitgliedstaaten abzuändern**, auch um eine nachvollziehbare und einheitliche Strafmaßzumessung zu erreichen wenn Verstöße gegen Minderheitenrechte vorliegen. Dadurch würde der Schutz von Minderheiten vor Diskriminierung, auch für LSBTI, einen erheblichen höheren Stellenwert erhalten. Verstöße europäischer Staaten gegen Artikel 4 II und 5 I RÜ werden wir öffentlich im Parlament angesprochen, rügen und entsprechende Ahndung einfordern.

2.2 Wie wird sich Ihre Partei im Parlament für EU-weite Maßnahmen zum Abbau von bestehenden Diskriminierungen und Barrieren im Gesundheitssektor einsetzen?

CDU/CSU



Gesundheit und Pflege dürfen keine Frage von Einkommen oder sexueller Orientierung sein. Die Union steht für eine flächendeckende, wohnortnahe und qualitativ hochwertige medizinische und pflegerische Versorgung mit ambulanten haus- und fachärztlichen sowie stationären Leistungen, Leistungen von Heil- und Hilfsmittelerbringern, Reha- und Pflegeeinrichtungen sowie von Apotheken in Stadt und Land für alle Bürger gleichermaßen. **Entscheidend**

sind dabei die Bedürfnisse der Betroffenen. Sie sind in der Versorgung ebenso zu berücksichtigen wie in der Aus- und Weiterbildung derjenigen, die später in der Versorgung tätig werden.



Coming-out für Europa. Vielfalt verteidigen, Respekt wählen.
LSVD-Wahlprüfsteine zu den Europawahlen am 26. Mai 2019

SPD



Wir wollen ein soziales Europa für alle Bürgerinnen und Bürger, das sich darum kümmert, dass alle Generationen, egal welchen Alters und egal welcher sexuellen Orientierung in Würde leben können. Dazu gehören ein Leben ohne Armut und ein **diskriminierungsfreier sowie bezahlbarer Zugang zu guter Pflege und Gesundheitsversorgung**. Wie oben beschrieben, setzen wir uns dafür ein, **dass endlich die 5.**

Antidiskriminierungsrichtlinie verabschiedet wird. Damit würden auch für den Gesundheitsbereich ein gesetzlicher Rahmen für die Herstellung von Chancengleichheit bei Gesundheitsförderung, Prävention, Versorgung, Rehabilitation und Pflege. Dafür braucht es die geschlechtsbezogene Betrachtung der Ursachen von ungleichen Gesundheitschancen und die geschlechtsspezifische Verringerung derselben. Es ist deshalb sehr wichtig, den geschlechtsspezifischen Besonderheiten umfassend Rechnung zu tragen. Gesundheitspolitik muss dafür sorgen, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen dies in allen Versorgungsbereichen möglich machen. Geschlechtsspezifische Besonderheiten müssen bei allen Gesetzgebungsvorhaben mitgedacht und berücksichtigt werden. (Siehe auch Antwort zu Fragenkomplex 3)

Bündnis 90/ Die Grünen



Wir wollen die **Pathologisierung von LGBTIQ* in ganz Europa beenden**. Deshalb streiten wir für ein **Verbot von Konversionstherapien** aus und setzen uns dafür ein, dass Trans*-Menschen nicht mehr als psychisch krank klassifiziert werden.

Die Linke



DIE LINKE wird alle Maßnahmen im EP unterstützen, die queere Menschen einen diskriminierungsfreien Zugang zur Gesundheitsversorgung ermöglichen. Wir wollen, dass jeder Mensch in der EU ein Recht auf universelle Gesundheitsversorgung und Zugang zu gut ausgestatteten, barrierefreien und gemeindenahen Gesundheitsleistungen hat, auch in ländlichen Regionen. Das betrifft nicht nur den Zugang zu

Arztpraxen und Krankenhäusern. Wir wollen auch die Kommunikation den besonderen Bedürfnissen z. B. von Menschen mit Behinderungen, Seniorinnen und Senioren oder Menschen mit Sprach- und Lernschwierigkeiten anpassen: Leichte Sprache und verständliche Patienteninformationen müssen selbstverständlich werden. Zugang zu guter Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht und muss gegen Markt, Kürzungen und Profitinteressen durchgesetzt werden.

AfD



Unfraglich gibt es in einigen osteuropäischen Ländern in Bezug auf Diskriminierungsschutz und Rechtsgewährleistung Nachholbedarf im hier in Frage stehenden Bereich. **Möchte man dies beheben, bedarf es der adäquaten Mittel der Angleichung. Diese stellt die EU-Bürokratie nicht bereit.**

Gehen wir davon aus, dass z. B. das spanische und deutsche Volk im LSBTI-Bereich besonders tolerante Einstellungen haben und auch tatsächliche Rechte für diese Menschen garantieren, so haben solche Nationen vorzuleben, wie derlei erfolgreich unter



Coming-out für Europa. Vielfalt verteidigen, Respekt wählen.
LSVD-Wahlprüfsteine zu den Europawahlen am 26. Mai 2019

Wahrung unterschiedlicher Traditionen gelingt. So könnten Mentalitätsunterschiede abgebaut werden und wünschenswerte Verbesserungen für LSBTI-Bürger erreicht werden. Wir trauen die Begleitung dieses Prozesses aber der EU keineswegs zu. **Wir denken, dass die EU durch zuviel und verheerende Rahmengesetzgebung einen erfolgreichen Weg Spaniens oder Deutschlands als Nationen grundsätzlich verhindert**, so leben gleichgeschlechtlich Liebende durch den Zivilisationsbruch von geduldeten Grenzöffnungen, die so nur durch EU-Politik möglich geworden sind, nicht sicherer. Dieses sehen die osteuropäischen Nationen genau. Sie werden vor Diskriminierung nur dann vermehrt schützen und LSBTI-Rechte gewährleisten wollen, wenn dies von der Androhung anderweitigen EU-Zwängen gehorchen zu müssen, getrennt wird. Wir alle gemeinsam werden dies in Europa überhaupt nur noch können, wenn Parteien wie die Alternative für Deutschland gewählt werden.

FDP



Der diskriminierungsfreie Zugang zu allgemein zugänglichen Gesundheitsdienstleistungen sollte analog der geltenden Antirassismusrichtlinie durch eine **Richtlinie der Europäischen Union garantiert werden**. Darüber hinaus liegt die Gesundheitspolitik insbesondere hinsichtlich der Erstattung von Leistungen in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten.

Freie Wähler



Wir FREIE WÄHLER halten Respekt und Toleranz für wichtige Werte in unserer Gesellschaft und setzen uns dafür ein, dass diese sich auch im Gesundheitssystem widerspiegeln sollten. Neben einer angemessenen Grundversorgung müssen wir bei der Krankenversicherung über die individuelle Wahl von Zusatzpaketen nachdenken. Nur auf diesem Weg ist sichergestellt, dass jeder seine Krankenversicherung seinen Wünschen und Bedürfnissen entsprechend zusammenstellen kann.

Piraten



Wir setzen uns für eine **umfassende Ausbildung und Aufklärung aller im Gesundheitssystem Arbeitenden** an. Gleichzeitig fordern wir die Abschaffung diskriminierender Richtlinien und eine Neufassung bestehender Gesetze. Beispielsweise sind **geschlechtszuordnende Operationen bei Kindern** generell abzulehnen, da hier die Selbstbestimmung verletzt wird.

Tierschutzpartei



Um einer Diskriminierung durch Abwertung von Homosexualität und Transsexualität weiter entgegen zu treten sowie mögliche massive psychische Spätfolgen zu verhindern, müssen sogenannte **Umpolungs- und Konversionstherapien länderübergreifend verboten** werden. Auch benötigt es umfangreicher Aufklärungskampagnen für Familien, aber auch für Mediziner, um **unnötige Genitaloperationen bei intergeschlechtlichen Kindern** zu verhindern! Noch heute wird die Zweigeschlechtlichkeit bei Eltern und im Gesundheitswesen nicht anerkannt und Kindern mit einem vorzeitigen Eingriff das Recht auf Selbstbestimmung entzogen.



super



ja



vage



nein



gefährlich

Coming-out für Europa. Vielfalt verteidigen, Respekt wählen.
LSVD-Wahlprüfsteine zu den Europawahlen am 26. Mai 2019

Eine mangelhafte Verankerung kultursensibler Perspektiven in der medizinischen Ausbildung führt noch immer zu stereotypen Vorstellungen und Abgrenzungsprozessen gegenüber homosexueller oder trans* Patient*innen, daher fordern wir, dass zur Entstigmatisierung EU-weit die **soziosexuelle Gesundheitsversorgung in die Ausbildung von Ärzt*innen, Psycholog*innen und Psychotherapeut*innen integriert** wird.

Familienpartei



Ein wichtiger Erfolg war die Streichung von „Homosexualität“ als Krankheit aus dem internationalen Diagnoseschlüssel (ICD) der Weltgesundheitsorganisation und die Entscheidung von Amnesty International, Personen die ausschließlich wegen ihrer sexuellen Orientierung inhaftiert sind, als Gewissensgefangene einzustufen. Im täglichen Leben wäre schon vieles erreicht, wenn Ärzteverstoß gegen das medizinethische Prinzip der

Gerechtigkeit materiell juristische Konsequenzen hätten und dazu grundsätzliche Barrieren in den Köpfen abgebaut werden.



super



ja



vage



nein



gefährlich